STADT HEILIGENHAUS

Bebauungsplan Nr.40

"Südring / Wülfrather Strasse / Herzogstrasse / Jahnstrasse"

Planungsrechtliche Festsetzungen

1. Art der baulichen Nutzung (gem§6 § 9 (1) Nr. 1 BauGB)

1.1 MI – Mischgebiet (gemäß § 6 BauNVO)
Gemäß § 1 (5) BauNVO wird die entsprechend § 6 (2) BauNVO allgemein zulässigen Nutzungen Nr. 5 (Anlagen für sportliche Zwecke), Nr. 8 (Gartenbaubetriebe), Nr. 7 (Tankstellen) und die in Verbindung stehenden im Sinne des § 4 a (3) Nr. 2 in der Teilen des Gebietes, die überwiegend durch gewerbliche Nutzungen geprägt sind nicht Bestandteil des Bebauungsplanes.

Gemäß § 1 (6) BauNVO sind die gemäß § 6 (3) BauNVO ausnahmsweise zulässigen Vergnügungsstätten im Sinne des § 4 a (3) Nr. 2 a, darüber hinaus Absatz 2, Nr. 5 östlich eines Teiles des Gebiets nicht Bestandteil des Bebauungsplanes.

1.2 GE – Gewerbegebiet gemäß (§ 8 BauNVO)
Nicht zulässig sind Betriebe der Abstandsklassen I bis VI.
Zusätzlich sind die in Abstandsklasse VII genannten Geruchsemittenten ausgeschlossen:
Nr. 156 Betriebe zur Herstellung von Fertiggerichten
Nr. 198 Autoabdichtungen
Nr. 257 Großwäschereien oder große chemische Reinigungsanlagen
Nr. 212 Anlagen zur Runderneuerung von Reifen (Einsatzstoff Kautschuk weniger als 25 kg/h)

1.3 Freiflächenfestsetzung (gemäß § 1 Abs. 10 BauNVO):
In dem festgesetzten Gewerbegebiet sind Umsetzungen, Änderungen und Erneuerungen der bestehenden Presserei, Stanzerei und Zinkerei unter besonderer Berücksichtigung der in den Gewerbegebieten GE1 und GE2 festgesetzten flächenbezogenen Schallleistungspegel zulässig.

Höhe baulicher Anlagen (gemäß § 9 (1) Nr. 1 BauGB)
Die in den festgesetzten Höhen baulicher Anlagen dürfen für gestalterisch notwendige Anlagen um max. 2,0 m überschritten werden.

3. Nebenanlagen, Stellplätze und Garagen (gemäß § 9 (1) Nr. 4 BauGB)
Gemäß § 12 (6) BauNVO sind Stellplätze im GE 2 nur als Nebengenge- oder in sonstiger Garagenbauweise im Erdgeschoss zulässig. Stellplätze auf dem Dach sind nicht zulässig.

4. Maßnahmen für bestehende Anlagen und Verkehrswege zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundesimmissionsschutzgesetzes (gemäß § 9 (1) Nr. 24 BauGB)

4.1 Lärmein-Immissionsschutz:
Gemäß § 9 (1) Nr. 24 BauGB sind festgesetzt, dass zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundesimmissionsschutzgesetzes folgende passive Schallschutzmaßnahmen für Fenster im Bereich des zu grossen Hotelgebäude Lärmpegelbereiche V mit gewichtetes Schalldämmmaß (bewertetes) nach DIN 4109, bei Aufenthaltsräumen der Wohnungen von mindestens 45 dB (A), bei Büroräumen von mindestens 40 dB (A). In eingezogen zu sind aufweise müssen in Bereichen oder wesentlichen Gebäudeteilen mit Schlafräumen eine fensterunabhängige Belüftungseinrichtungen (gemäß VDI 2719) vorhanden, sofern diese Räume ausreichend belüftbare Fenster auf lärmabgewandten Seiten aufweisen.

4.2 Flächenbezogener Schallleistungspegel
In den gemäß §1 (4) Nr. 2 BauNVO ausgewiesenen Teilen des Gewerbegebietes sind nur Betriebe und Anlagen zulässig, deren gewerbliche Schallemissionen die entsprechenden flächenbezogenen Schallleistungspegel (LWA) nicht überschreiten:
im GE 1: L_{eK} = 60 dB (A)/m² tagsüber und L_{eK} = 45 dB (A)/m² nachts
im GE 2: L_{eK} = 56 dB (A)/m² tagsüber und L_{eK} = 44 dB (A)/m² nachts

5. Erhaltungs- und Pflanzgebote (gemäß § 9 (1) Nr. 20 BauGB)
Mindestens 20 % der Dachfläche von Flachdächen (D ≤ 15°) auf baulichen Anlagen im GE 1 und GE 2 sind als naturnahe und dauerhaft zu begrünen. Ausgenommen davon sind Flächen, die als Dachterrasse oder Balkonzugang dienen. Die Substratschichtstärke beträgt mindestens 10 cm. Die Begrünung ist dauerhaft zu erhalten.

6. Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft (gemäß § 9 (1) Nr. 20 BauGB)

6.1 Auf den gekennzeichneten Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen sind standortgerechte Bäume, Sträucher und sonstige Bepflanzungen anzulegen und dauerhaft zu erhalten und zu pflegen. Abgängige Bäume sind durch Neupflanzungen zu ersetzen.
Bei Neuanpflanzungen von Bäumen ist das „Merkblatt Nr. 182 "Baumstandorte und unterirdische Versorgungsanlagen" zu beachten.

6.2 Anpflanzung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen
Anpflanzung von Sträuchern und Hecken mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen
Anpflanzung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen

6.3 Anpflanzung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen
Anpflanzung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen

6.4 Auf den gekennzeichneten Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sind für die Anlage von Stellplätzen, Hofflächen und Hauszufahrten maximal die Hälfte der Flächen und Länge von maximal je 10 m zulässig.

Bauordnungsrechtliche Festsetzungen

(gem § 9 (4) BauGB i.V. mit § 86 BauO NW)

Äußere Gestaltung baulicher Anlagen
In den Baugebieten sind Flachdächer und die Fassadenmaterialien in sechs Sichtbeton, Ziegel mauerwerk oder Verblendmauerwerk zulässig. Kombinationen miteinander sind möglich.

erstellt von:
Architekten und Stadtplaner
Jonasstraße 11 · 52064 Aachen
tel. 02 41 - 40 58 114 · fax 02 41 - 40 58 116
buero.bolgit-online.de

Zeichenerklärung

Art der baulichen Nutzung (§ 9 (1) Nr. 1 BauGB, § 1+2 BauNVO)
- Mischgebiet
- Gewerbegebiet

Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9 (1) Nr. 20 BauGB)
- Anpflanzung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen
- FI — siehe zeichnerische Festsetzungen
- Anpflanzung von Bäumen, Sträuchern und Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen

Maß der baulichen Nutzung (§ 9 (1) Nr. 1 BauGB, §§ 16-20 BauNVO)
- Geschossflächenzahl
- Grundflächenzahl
- Zahl der Vollgeschosse
- max. Höhe Traufkante über NN
- max. Höhe Oberkante der Gebäude über NN

Bauordnungsrechtliche Festsetzungen (§ 9 (4) BauGB i.V. §86 BauO NW)
- FD — Flachdach
- 30-45° — Dachneigung

Bauweise, Baulinien, Baugrenzen (§ 9 (1) Nr. 2 BauGB, §§ 22 und 23 BauNVO)
- o — Offene Bauweise
- g — Geschlossene Bauweise
- Baugrenze

Sonstige Planzeichen
- Grenze des durch den Geltungsbereichs eines Bebauungsplanes (§ 9 (7) BauGB)
- Abgrenzung unterschiedlicher Nutzungen
- Abgrenzung unterschiedlicher Maße der Nutzung / Baugrenzen

Verkehrsflächen (§ 9 (1) Nr. 11 BauGB)
- Straßenbegrenzungslinie
- Straßenbegrenzungslinie
- LPB V — Lärmpegelbereich V

Darstellungen ohne Normcharakter
- Flurstücksgrenze
- Nutzungsgrenze
- Flurstücksnummer
- Flurstücksgrenze
- Nutzungsgrenze
- Vorhandene Gebäude
- Vorhandene Gebäude, Abriss
- Vorh. Gebäude (Anbau, Umbau)

Stadt Heiligenhaus
Bebauungsplan Nr. 40

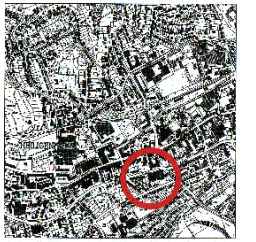
"Südring / Wülfrather Strasse / Herzogstrasse / Jahnstrasse "

~~Entwurf~~

Satzung vom 12.11.2003

Gemarkung: Leubeck
Flur: 8, 24

Maßstab: 1: 500 Stand: Januar 2003



Übersichtsplan

Für die Planung, einschließlich Zeichnung und die planungsrechtlichen Festsetzungen.

Heiligenhaus, den 15.04.03
Dipl.-Ing. Technischer Beigeordneter
i.A. Fachkraft für Vermessung

Frühzeitige Bürgerbeteiligung
Die Beteiligung der Bürger an der Bauleitplanung gemäß § 3 (1) BauGB wurde durch Aushang vom 14.07.03 bis 31.07.03 durchgeführt.
Heiligenhaus, den 21.10.2003

Erneuter Öffentlichkeitsschritt
Dieser Bebauungsplan mit Begründung wurde durch den PB-Ausschuß Stadtentwicklung der Stadt Heiligenhaus am ... gemäß § 3 (3) BauGB durch Aushang vom ... bis ... öffentlich ausgelegt.
Heiligenhaus, den 04.08.2003

Öffentliche Auslegung
Dieser Bebauungsplan mit Begründung wurde durch den PB-Ausschuß Stadtentwicklung der Stadt Heiligenhaus am 21.10.2003 gebilligt und zur öffentlichen Auslegung gemäß § 3 (2) BauGB bestimmt.
Heiligenhaus, den 21.10.2003

Bürgerliche Offenlegung
Die Beteiligung der Bürger gemäß § 3 (1) BauGB ist durch ortsübliche Bekanntmachung am ... durchgeführt worden.
Heiligenhaus, den

Beschluß über Anregungen
Über die während der Öffentlichen Auslegung vorgebrachten Bedenken und Anregungen hat der Rat der Stadt Heiligenhaus am ... entschieden.
Das Ergebnis ist mitgeteilt worden.
Heiligenhaus, den

Satzungsbeschluß
Dieser Bebauungsplan mit Begründung wurde durch den Rat der Stadt Heiligenhaus am ... gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen.
Heiligenhaus, den 04.08.2003

Inkrafttreten
Gemäß § 10 BauGB ist der Beschluß des Bebauungsplanes am ... ortsüblich bekanntgemacht worden. Der Bebauungsplan ist damit in Kraft getreten.
Heiligenhaus, den 08.12.03

Rechtsgrundlagen
1. Baugesetzbuch (BauGB) in der Bekanntmachung der Neufassung vom 27.08.1997 (BGBl. I S. 2141, ber. 1998 I S. 137), in der z.Z. gültigen Fassung
2. Verordnung über die baulichen Nutzung von Grundstücken (Baunutzungsverordnung - BauNVO) in der Bekanntmachung vom 23.01.1990 (BGBl. I S. 132), in der z.Z. gültigen Fassung
3. Planzeichenverordnung 1990 (PlanzV 90) vom 18.12.1990 (BGBl. 1991 I S. 58), in der z.Z. gültigen Fassung
4. Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV.NW. S. 666/SGV.NW.2023), in der z.Z. gültigen Fassung
5. Baunutzungsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbauordnung - BauO NW) vom 07.03.1995 (GV.NW.S.218), in der z.Z. gültigen Fassung

Hinweise

1. Lufthygienebewertung des Kampfmittelräumdienstes
Die Luftbildauswertung des Kampfmittelräumdienstes war negativ. Nach heutigem Erkenntnisstand ist jedoch nicht auszuschließen, dass Kampfmittel in Böden vorhanden sind. Aus diesem Grund sind Erdarbeiten mit entsprechender Vorsicht auszuführen. Sollten Kampfmittel gefunden werden, ist aus Sicherheitsgründen die Arbeit einzustellen und umgehend der Kampfmittelräumdienst zu benachrichtigen.

2. Bodenschutzklasse
Auf die Mitteilung bei der Entlassung von Bodenbelastungsplan gemäß § 16 und 16 Dezimalklassifizierung NW wird hingewiesen. Beim Auftreten verdächtiger Bodenfunde und Befunde ist die Bezirksregierung Düsseldorf oder das Preußische Amt für Bodenforschung Krefeld sofort zu informieren. Bodenerdmaterial und Fundstelle sind zunächst unverändert zu erhalten.

3. Beseitigung von Niederschlagswasser
Bei der Versiegelungsgrad eines Grundstücks in Flächen ist durch eine weitere bauliche Änderung (z.B. An- oder Ausbau, Nebengebäude) um mehr als 10% vergrößert werden, müssen entsprechende Versickerungs- oder Rückhaltemaßnahmen getroffen werden.